



„Strukturwandel?...“

Landesregierung bleibt weiter vage bei eigenen Ideen und zeigt auf Berlin

Diese Woche kamen endlich die eigentlich Ende Februar fälligen Antworten der Landesregierung auf mehrere Kleine Anfragen zum Thema Strukturwandel. Angesichts der langen Bearbeitungszeit fallen die Antworten überwiegend bescheiden aus.

Beschäftigte hängen in der Luft

Dringend wollte ich von der Landesregierung erfahren, welche Regelungen und Maßnahmen sie zum Schutz der nun unmittelbar betroffenen Beschäftigten anstrebe. Leider wird deutlich, dass die Landesregierung hier nach dem Prinzip Hoffnung verfährt und sich bis auf weiteres hinter Berlin versteckt.

Konkrete Maßnahmen oder Zusagen, die die berechtigten Sorgen der Beschäftigten in Kraftwerken, Tagebauen, Veredelung und Werkstätten ernst nehmen, fehlen völlig.

Ähnlich dünn sind die Ausführungen zu Hilfen für die betroffenen Kommunen. Die Verantwortung für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung wird auf RWE und den Bund abgewälzt. Ich hoffe sehr, dass sich diese Passivität noch ändert. Die SPD-Landtagsfraktion hat jedenfalls bereits im letzten Jahr zahlreiche konstruktive Anträge vorgelegt.

Für ein starkes Europa!

Beim Thema Europa zucken viele Bürger oftmals die Schultern. Dabei werden dort viele Entscheidungen getroffen, die unser Leben spürbar beeinflussen. In einer globalisierten Welt ist es für viele Probleme notwendig, europäische Lösungen zu finden.

Europa in verantwortliche, sozialdemokratische Hände!

Was passiert, wenn (Rechts-) Konservative das Sagen haben, zeigt gerade die Brexit-Katastrophe. Besonders die Briten werden massive wirtschaftliche Einbrüche verdauen müssen, aber auch wir werden unter den Folgen spürbar leiden. Auch beim Thema Uploadfilter, welche die SPD geschlossen ablehnt, wird deutlich, wie gefährlich konservative Mehrheiten für Europa sind.

Gemeinsames Zeichen gegen Rassismus

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind eine unerträgliche Gefahr für unsere freie Gesellschaft. Mit einer gemeinsamen Erklärung machen SPD, CDU, FDP und Grünen deutlich, dass der Kampf für unsere freiheitliche Demokratie und die in unserem Grundgesetz und in den Verträgen zur Europäischen Union festgeschriebenen Menschenrechte von allen Demokraten gemeinsam geführt wird. Diese Rechte schützen nicht nur Minderheiten, sondern garantieren uns allen ein Leben in einer freien Gesellschaft.

Die Charta der Grundrechte der Europä-

**DAMIT ZUSAMMENBLEIBT,
WAS ZUSAMMENGEHÖRT**

Für ein **#SozialesEuropa**

ischen Union wurde 1999 in Köln verabschiedet und darin heißt es: „Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.“

Europa ist mehr als ein Wirtschaftsprojekt. Es sichert Frieden, Fortschritt und kann gute Antworten auf viele drängende soziale Fragen liefern.

Ihr